

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Kauf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 213

Dienstag, den 13. September 1927

101. Jahrgang

Abschluß der Generaldebatte in Genf

Mottas Kritik am Völkerbundsrat

Genf, 13. Sept. In der gestrigen Vormittagsitzung wurde die Generaldebatte abgeschlossen. Vor Eintritt in diese gab der Präsident Mitteilung von einer Rockefeller-Stiftung von zwei Millionen Dollar für Errichtung einer großen Völkerbundsbibliothek. Die Versammlung quittierte diese Stiftung mit lebhaftem Beifall. Alsdann gab der Präsident Kenntnis von den Wünschen Hollands, den abgeänderten holländischen Entschließungsentwurf zur Kommissionsarbeit zuzulassen. Da die Versammlung gegen diese holländische Angabe keinen Widerspruch erhob, erklärte der Präsident den holländischen Vorschlag als für die dritte Kommission zur Bearbeitung angenommen.

Darnach ergriff als erster Redner zur Generaldebatte der schweizerische Bundespräsident Motta das Wort. Der schweizerische Hauptdelegierte ließ durchblicken, daß die Schweiz durch die vorläufige Beseitigung des Genfer Protokolls enttäuscht sei. Auf den Abschluß zahlreicher Schiedsverträge im Laufe der vergangenen drei Jahre hinweisend, sprach Motta die Hoffnung aus, daß durch das Zustandekommen eines Systems von Schiedsverträgen die Erhaltung des Friedens gesichert würde. Motta unterstrich besonders die Bedeutung der Unterzeichnung des Artikels 38 des ständigen Haager Weltgerichtshofes durch Deutschland und die bevorstehende Annahme dieser Klausel durch Frankreich und wahrscheinlich auch durch andere Staaten.

Die polnische Resolution charakterisierte Motta als ein Verlangen Polens, durch eine Kundgebung gegen den Angriffskrieg die Stärkung der Friedensstrebungen in Europa zum Ausdruck bringen zu wollen. Motta glaubt, daß in der Kommission eine Verschmelzung des holländischen Antrags auf Wiederaufnahme des Genfer Protokolls und der polnischen Resolution zustande kommen werde.

Ueber die Arbeitsweise des Völkerbundsrates, namentlich über die geheimen Verhandlungen, sprach sich Motta in ausfallend kritischer Weise aus. Er beantragte, daß die öffentlichen Ratsitzungen einen tieferen Einblick in die Vorgänge ermöglichen möchten und hob die Enttäuschung der im Räte nicht vertretenen kleinen Staaten über die Methoden des Völkerbundsrates hervor. Von Wichtigkeit ist das Wort des schweizerischen Haupt Bevollmächtigten: „Eine Großmacht

kann sich den Luxus gestatten, aus dem Völkerbund auszutreten, doch ein kleiner Staat nicht, denn er ist mit dem internationalen Leben auf das innigste verbunden.“ Die Ausführungen Mottas gipfelten in dem Schlusssatz: „Wir müssen Vertrauen in uns selbst, Vertrauen in die anderen und Vertrauen in den Völkerbund haben.“ Nach einem kurzen Appell von Vilegas-Chile zugunsten einer eingehenden Verhandlung des polnischen wie des holländischen Vorschlags wurde die Generaldebatte um 1 Uhr geschlossen.

Der Beginn der Kommissionsarbeiten

Graf Bernstorff drängt auf Zusammenritt der Abrüstungskonferenz.

II. Genf, 13. Sept. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkerbundsaußschusses für Abrüstungsfragen richtete Reichstagsabg. Graf Bernstorff an den Präsidenten der Kommission, den tschechoslowakischen Außenminister Beneš, die Anfrage wie die Erklärungen des Präsidenten bei der Eröffnung der Kommission über die Aufgaben der vorbereitenden Abrüstungskommission aufzufassen seien, nach denen die Abrüstungskommission nur mit der Beschränkung, nicht aber mit der Herabsetzung der Rüstungen sich beschäftigen solle. Er sei der Auffassung, daß die Kommission sich mit einer Herabsetzung der Rüstungen zu befassen habe. Eine Konferenz für die Beschränkungen wäre keine Abrüstungskonferenz. Es wäre zwecklos, eine derartige Konferenz einzuberufen. Deutschland habe die Abrüstungsbedingung des Friedensvertrages bis zum letzten Punkt durchgeführt. Für Deutschland handele es sich jetzt darum, daß die übrigen Mächte die im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung entsprechend den Bestimmungen durchführen. Aus diesem Grunde sei das Problem der Beschränkung der Rüstungen für Deutschland bedeutungslos. Dagegen sei von größtem Interesse für Deutschland das Problem der Abrüstung. Graf Bernstorff richtete an den Präsidenten die Bitte, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Graf Bernstorff richtete sodann an den Präsidenten die zweite Anfrage, ob die Abrüstungskonferenz noch in diesem Jahre, und zu welchem Zeitpunkt sie zusammentreten werde. Er müsse dringend auf baldigen Zusammenritt der Konferenz drängen.

z. B. für sich behandelt, die Beförderungsstellen, also die jetzigen Gruppen 12, 11, 4 usw. durch feste, unwiderrufliche und pensionsfähige Zulagen herausgehoben, selbstverständlich unter Verleihung der Amtsbezeichnung Oberregierungsrat, Oberinspektor usw. Durch diese Maßnahme, die auch die bisherige Verschlechterung des Befoldungsalters aufhebt, ist auch das System der Schlüsselung vollständig beseitigt. Die Anforderung der Beförderungsstellen erfolgt jeweils im Handhabe nach Maßgabe sachlicher Bedürfnisse. **Aufstiegszeit und Aufstiegsstufe sind im allgemeinen dieselben geblieben, die zweijährige Zulagefrist ist beibehalten.**

Die Frauenzulage wird in das Grundgehalt eingebaut. Erst auf das durch die Frauenzulage erhöhte Grundgehalt werden die neuen prozentualen Erhöhungen gegeben. Beim Kinderzuschlag fällt die Differenzierung nach dem Alter weg, für jedes Kind soll unter gewissen Voraussetzungen bis zum 21. Lebensjahr ein gleichmäßiger Zuschlag von 20 Reichsmark monatlich gegeben werden. Die Bezüge der Soldaten und Offiziere der Wehrmacht sollen in einer Anlage zum Befoldungsgesetz für sich geregelt werden. Das neue Befoldungsgesetz sieht

bei den untersten Befoldungsgruppen Erhöhungen im Durchschnittsbetrag von etwa 25 Prozent vor, die geltend nach den mittleren Befoldungsgruppen hin bis auf etwa durchschnittlich 21 Prozent und bei den höheren Gruppen auf etwa 18 Prozent gehen.

Gruppen, die schon stark herausstanden, sind teilweise mit geringeren Erhöhungen, Gruppen, die bisher stark vernachlässigt waren, zum Teil mit wesentlich höheren Sätzen bedacht worden. Die bisherige Gruppe 2 z. B. enthält neben einer namhaften Erhöhung des Anfangsbezuges eine Erhöhung von 33 Prozent. Eine der jetzigen Gruppe 1 entsprechende Gruppe gibt es nicht mehr.

Der Minister erläuterte den

Tages-Spiegel

In Genf wurde gestern die Generaldebatte abgeschlossen. Die Kommissionen haben nunmehr ihre Arbeiten aufgenommen.

In der Abrüstungskommission forderte Graf Bernstorff den baldigen Zusammenritt der Abrüstungskonferenz.

Die Vertreter der Locarnomächte werden heute ihre erste Zusammenkunft in Genf abhalten.

Am Donnerstag erfolgen die Neuwahlen der ausscheidenden unständigen Ratsmitglieder.

Wie verlautet, verläßt Briand bereits morgen Genf, um an einem Ministerrat zur Regelung des Falles Rakowski in Paris teilzunehmen.

Der Amerikaner Rockefeller stiftete zwei Millionen Dollars für den Ausbau der Völkerbundsbibliothek.

Der italienische Bizekonsul in Paris ist gestern dem Attentat eines Italieners zum Opfer gefallen.

Sinn der Reform

genauer an der bisherigen Gruppe 7 (gehobene mittlere Beamte) als Eingangsstelle und Aufstiegsmöglichkeit in die Gruppen 8 und 9. Das Anfangsgrundgehalt in der Gruppe 7 beträgt zurzeit einschließlich Frauenzulage 2454 R.M., das Endgrundgehalt 3576 R.M., in Gruppe 8 4104 R.M. Künftig wird das Anfangsgrundgehalt auf 5000 R.M. erhöht werden. Das Endgrundgehalt der Gruppe 9 betrug bisher einschließlich Frauenzuschlag 4698, also 600 R.M. mehr gegenüber dem Endgehalt der Gruppe 8. Künftig beträgt der Unterschied 700 R.M., und zwar tritt der Beamte in diesen erhöhten Bezug sofort bei seiner Beförderung, nicht erst bei Erreichung des Endgehalts der vorigen Gruppe. Der Wohnungsgeldzuschuß soll in der bisherigen Form beibehalten und nicht nach Gruppen getrennt werden. Das Ortsklassenverzeichnis wird alsbald neu aufgestellt. Eine Kürzung der Bezüge der weiblichen Beamten ist an sich nicht vorgesehen, dagegen als Ausgleich dafür, daß die lebigen Beamten von vornherein auch den Betrag des Frauenzuschlags in Höhe von 144 R.M. erhalten, eine entsprechende Kürzung beim Wohnungsgeldzuschuß. Zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten ist eine Verbesserung des Befoldungsdienstalters beabsichtigt, das gleiche gilt für die Versorgungsanwärter. Der Aufwand für die Durchführung des Befoldungsgesetzes ist bei der eigentlichen Reichsverwaltung auf jährlich 155 Millionen Mark berechnet, dazu kommen die Kosten der Reform der Bezüge der Kriegsbeschädigten mit etwa 170 Millionen Mark jährlich. Eine entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat demnächst zugehen. Zur Schaffung der für die Reform notwendigen Mittel kommen Steuererhöhungen oder eine Erhöhung der Eisenbahntaxe nicht in Frage. Der Minister unterstrich, daß die Finanzen des Reiches unter allen Umständen in Ordnung bleiben und die Gewißheit herrschen müsse, daß das Reich alles unterläßt, was diesem Grundsatz entgegenstehe.

Die Mittel für die Befoldungsreform

sieht der Reichsfinanzminister in den erhöhten Einnahmen aus Steuern und darin, daß er in starkem Umfange laufende, vom Reichsrat und Reichstag bewilligte Ausgaben eingeschränkt habe. Durch den vom Reich beschrittenen Weg werden Länder und Gemeinden mehr oder weniger gezwungen werden, auch ihre Befoldungsordnung durchzuprüfen und entsprechend zu ändern. Reich und Preußen gehen in der Befoldungsvorlage grundsätzlich einheitlich vor. Das schließt nicht aus, daß Preußen für Beamte seiner Verwaltung, für die es vergleichbare Reichsbeamte nicht gibt, Zwischenstufen einführt. Der Minister drückte den Wunsch aus, daß auch die anderen Länder, sowie die Gemeinden über die Sätze des Reiches nicht hinausgehen.

Eine Aenderung des Finanzangleiches könne, nachdem erst vor einem halben Jahre eine Neuregelung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern vorgenommen sei, nicht in Frage kommen, dagegen sei die Hoffnung auf steigende Erträge und damit auf höhere Ueberweisungen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer zu Ländern und Gemeinden durchaus berechtigt.

In den nächsten Tagen werde er, der Minister, bereits dem Haushaltsausschuß des Reichstages Vorschläge wegen der Auszahlung von Abschlagszahlungen auf den 1. Oktober unterbreiten.

Die Beamtenbefoldungsreform

Der Reichsfinanzminister über die Neuordnung

II. Magdeburg, 13. Sept. Im Rahmen der Mitteldeutschen Beamtenversammlung hielt Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine groß angelegte Rede über den vom Reichskabinett im wesentlichen gebilligten Entwurf der Beamtenbefoldungsreform. Einleitend kennzeichnete er in großen Zügen die Entwicklung der Beamtenbefoldung in den einzelnen Stappen seit dem Gesetz vom Jahre 1920 und wies darauf hin, daß zumal infolge der Inflation und der damit in Zusammenhang stehenden Erscheinungen die Not der Beamenschaft so groß geworden sei, daß mit dem Kampf um das nackte Leben die Stellung des deutschen Beamten zum Schaden für den Staat gesunken sei und nannte eine sofortige Reform der Befoldung eine absolute Staatsnotwendigkeit.

Sinn und Zweck der Beamtenbefoldung haben sich im Laufe der jüngsten Vergangenheit grundlegend geändert. Die Reform dürfe sich nicht nur auf die Höhe der Bezüge, sondern müsse sich auch auf die Beschwerden erstrecken, die immer wieder wegen der Zusammenpressung von Nicht-zusammengehörigen und des Auseinanderreißen von Zusammengehörigen in den Gruppen erhoben wurden.

Die neue Befoldungsreform baut sich grundsätzlich wieder auf dem Gruppensystem auf und bleibt in der Zahl der Gruppen sowohl bei den aufsteigenden wie auch bei den Einzelgehältern vollständig im Rahmen des bisherigen. Die heutigen Anfangs- und Aufstiegsgruppen haben z. B. die Beamten bei 10 und 11, 7 und 8, 3 und 4 zusammengefaßt und mit einer automatischen Aufstiegsausstattung. Die Neuregelung wird für Zehntausende von Beamten der Anfangsgruppe wieder die Möglichkeit eines weiteren Vorrückens schaffen. Auseinandergehöriges wurde auseinandergenommen, handwerksmäßig vorgebildete Beamte

Entspannung der Lage in Genf

II. Paris, 12. Sept. Die Pariser Presse sieht in dem Verlauf der letzten Genfer Beratungen und besonders in den Reden Stresemanns und Briands eine Entspannung der Atmosphäre. Der „Temps“ meint, die Rede Briands, die von größtem Optimismus und Vertrauen durchdrungen gewesen sei, werde sicher in der ganzen zivilisierten Welt den günstigsten Eindruck hervorrufen. Zur Rede Stresemanns schreibt das Blatt, wenn auch die Ausführungen des deutschen Außenministers einen günstigen Eindruck hinterlassen hätten, bleibe immer noch zu beweisen, daß die Anhänger der Verständigungspolitik in Deutschland ebenso mächtig seien wie diejenigen, die einen Revanchekrieg predigten und vorbereiteten. Der „Temps“ unterstreicht, daß Stresemann sich dem Standpunkt Briands angeschlossen habe, wonach die Bedeutung des Locarno-Vertrages sich ebenso nach Osten wie nach Westen erstrecke, nur sei die Bedeutung von Locarno für die beiden Grenzen des Reiches nicht die gleiche, da Locarno Garantien für die Sicherheit im Westen gebracht habe, die Deutschland im Osten noch verweigere, wo es nur ein Zurückgreifen auf den Schiedsspruch zulasse.

Aus den Stimmen der englischen Sonntagsblätter geht hervor, daß Chamberlain mit seiner Rede die Politik umrissen habe, die für Großbritannien mindestens bis Mitte nächsten Jahres maßgebend sein werde. Der sachliche Kern der Rede findet ziemlich weite Zustimmung; in erster Linie trifft das auf das Genfer Protokoll zu, das für England endgültig ist. Ein Genfer Artikel „Wicham Steeds“ im „Observer“, der sich eingehend mit der unbesiegbaren Atmosphäre beschäftigt, in der die Genfer Tagung begann, geht auch auf die Rede Stresemanns ein und stellt fest, daß diese eine optimistische Note in die Verhandlungen gebracht habe. Deutschland habe die Führung übernommen, Frankreich könne mit der Unterzeichnung der Schiedsgerichtsklausel nicht mehr länger warten. Es sei zu hoffen, daß auch Chamberlain diesem Beispiel folgen werde. Frage der allgemeinen Tendenz nicht Rechnung, so würde Großbritannien moralisch isoliert. Es dürfe nicht vergessen werden, daß der Fehlschlag der Flottenaufrüstungskonferenz die Solidarität der englisch sprechenden Welt geschwächt, wenn nicht zerstört habe. „Sunday Express“ gibt der Genugtuung Ausdruck, daß der Sprecher der britischen Regierung klar und deutlich abgelehnt habe, England in weitere Verpflichtungen auf dem Kontinent verwickeln zu lassen.

Konferenz der Außenminister der kleinen Entente

II. Genf, 12. Sept. Die drei Außenminister der kleinen Entente von Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei sind am Samstag zu einer Aussprache zusammengetreten, in der die gesamte internationale politische Lage erörtert wurde. Die Außenminister haben sich insbesondere mit der Aktion Lord Rothermeres sowie den einzelnen Fragen der gegenwärtigen Völkerbundsversammlung befaßt. Es soll bei dieser Aussprache beschlossen worden sein, jede Aktion zur Durchführung der Abrüstung mit allen Mitteln zu unterstützen. Ferner wurde in Aussicht genommen, die nächste Konferenz der kleinen Entente zu Beginn des Jahres 1928 in Bukarest abzuhalten.

II. Berlin, 12. Sept. Nach einer Meldung des „Montag“ aus Belgrad erklärte Außenminister Marinkowitsch, er müsse gestehen, die auf den Völkerbund gesetzten Hoffnungen hätten sich trotz des Eintritts Deutschlands nicht verwirklicht. Der Völkerbund habe an Bedeutung verloren. Dauernd kündige sich die Mächtegruppe der Vorkriegszeit an. Die Symptome des beginnenden Verfalls würden immer deutlicher. Das Mißfallen der kleinen Mächte, die zwar die Mehrheit bildeten, aber nur Statistenrollen hätten, gewinne immer mehr Boden.

Frankreich und Rußland

Der Fall Rakowski vor dem französischen Ministerrat. II. Paris, 12. Sept. Im Ministerrat, an dem acht Minister teilnahmen, fand ein Gedankenaustausch über den Fall Rakowski (Unterzeichnung eines gegen Frankreich gerichteten kommunistischen Manifestes durch den russischen Botschafter) statt. Die Minister sollen einstimmig der Meinung gewesen sein, daß es angebracht wäre, die Sowjetregierung wissen zu lassen, daß die Abberufung des Botschafters Rakowski im Interesse der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland wünschenswert sei.

Der Fall Rakowski zieht immer größere Kreise und rückt insbesondere durch die Beratungen des letzten Ministerrats in den Vordergrund des politischen Interesses. Die Informationen der Pariser Presse über den Verlauf der Beratungen des Kabinetts stimmen in der Auffassung überein, daß Rakowski nicht mehr die nötige Autorität besitze, um sein Land zu vertreten und in dessen Namen Verhandlungen zu führen. Die „Humanite“ glaubt sogar zu wissen, daß im Gegensatz zu anderen Meldungen der französische Ministerrat formell die Forderung der Abberufung Rakowskis beschloffen habe, daß aber dieser Schritt nicht veröffentlicht worden sei, um Briand noch einmal Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die „Humanite“ sieht in der Abberufung Rakowskis den ersten Schritt zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland. Der Ministerrat gehe gar so weit, sich zu der Ernennung eines neuen Botschafters in Paris ablehnend zu verhalten, da ein Geschäftsträger genügen würde. Gleichzeitig solle der französische Botschafter in Moskau, Derbette, abberufen werden.

Im Zusammenhang mit den Beratungen des französischen Ministerrats zum Fall Rakowski hält es der gewöhnlich gut unterrichtete „Excelsior“ für möglich, daß die Sowjetregierung der Entscheidung der Pariser Regierung, Moskau zur Abberufung des Pariser Botschafters aufzufordern, zuvorkommen werde. Diese könnte Rakowski einladen, seinen regelmäßigen Urlaub in Moskau zu verbringen, um seine Regierung zu informieren, während Rakowski durch einen Geschäftsträger ersetzt würde. Es wäre auch möglich, daß Frankreich eine Zeitlang in Moskau nur durch einen Geschäftsträger vertreten würde. Diese Lösung würde gestatten, auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege die zwischen Frankreich und der Sowjetunion stehenden Fragen zu lösen.

Die Unruhen in Litauen

Die amtliche Darstellung.

II. Memel, 12. Sept. In einer Extraausgabe der „Litovnis“ ist folgendes Kommuniqué des Landesstaatsministers veröffentlicht:

„Am 9. September um 4 Uhr früh wurde in der Stadt Tauraggen ein kommunistischer Putsch versucht. Den Putschisten hatten sich auch einige Angehörige der Linksparteien angeschlossen. Die Regierung hat energisch eingegriffen. Der Putsch wurde sofort liquidiert. Es ist eine energische Untersuchung eingeleitet, um die Urheber zu ermitteln und zu bestrafen. Der Führer des Putsches ist ein ehemaliger Hauptmann a. D. namens Majus. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 500 Lit ausgelegt. Sonst herrscht in Litauen vollständige Ruhe.“

Bei der strengen Handhabung des Kriegszustandes und der Zensur ist es außerordentlich schwierig, ein richtiges Bild von dem Umfang der Unruhen zu ergoßen. Man ist hier jedenfalls der Ansicht, daß die Vorgänge durchaus nicht einen so harmlosen Charakter haben, wie das amtliche Kommuniqué darzustellen versucht. Ueber die Vorgänge in Tauraggen werden durch die Pressestelle des Gouvernements noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Zu den Führern des Tauraggener Putsches gehören außer dem bereits erwähnten Hauptmann a. D. Majus ein zurzeit noch unbekannter Jude, ferner der frühere Abgeordnete Mikulskis und der Lehrer Soltanas. Während der Säuberung der Stadt von den Putschisten sind die erwähnten Anführer nach den Georgenburger Wäldern geflüchtet. Das Militär hat jetzt die Wälder umstellt und ist bemüht, die Geflüchteten festzunehmen. Ihnen sind 2000 Lit und 3000 Dollar in die Hände gefallen, die sie aus der Tauraggener Abteilung der Emissionsbank geraubt haben. Während der Befreiung der Stadt Tauraggen wurde durch eine verirrte Kugel ein dort zufällig auf Urlaub weilender Leutnant des 2. litauischen Infanterieregiments getötet. Der Student Banys, der Mitglied einer volkssozialistischen studentischen Korporation ist, und der mit einigen Kameraden bei der Entwaffnung der Tauraggener Polizei mitgewirkt hatte, wurde verletzt, so daß ihm eine Hand amputiert werden mußte. Bis jetzt sind insgesamt 60 Putschisten festgenommen worden.

Vor Abschluß des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages

II. Berlin, 12. Sept. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, ist binnen kurzem die Unterzeichnung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages, durch den der im Jahre 1921 abgeschlossene Handelsvertrag weitgehende Ergänzungen erfährt, zu erwarten. Die eigentlichen Vertragsverhandlungen sind bereits so gut wie abgeschlossen. Jugoslawien, dessen Ausfuhr nach Deutschland vornehmlich in Waren agrarischen Charakters besteht, hat für eine ganze Reihe derartiger Erzeugnisse wesentliche Einfuhrerleichterungen erreicht. Die Forderungen Jugoslawiens auf eine Verbilligung des Weizenzolls konnten nicht erfüllt werden. Ebenso ist auch die freie Einfuhr von Vieh nach Deutschland nicht gestattet worden. Die Zugeständnisse, die von Jugoslawien eingeräumt worden sind, beziehen sich in erster Linie auf industrielle Produkte, und zwar in der Hauptsache auf Erzeugnisse der deutschen Fertigwarenindustrie. Beide Staaten verpflichten sich, im Vertrag bei Verhandlungen mit anderen Staaten auf die Abschaffung von Häute- und Fellausfuhrzöllen und -behinderungen einzutreten. Gleichzeitig ist eine Klausel vereinbart worden, in der auf dem Wege der Gegenseitigkeit die Möglichkeit einer sofortigen Abschaffung der Häute- und Fellausfuhrerleichterungen beider Vertragsländer geschaffen wird. Der Vertrag ist, wie die meisten der anderen Handelsverträge auf zwei Jahre fest abgeschlossen, und zwar mit monatlicher Kündigungsfrist. Er läuft im Falle einer Nichtkündigung automatisch weiter. Die Inkraftsetzung wird am 20. Tage nach Ratifizierung erfolgen. Die in den bisherigen vertraglichen Abmachungen festgesetzte allgemeine Meistbegünstigung wird in dem neuen Vertrag durch Gleichstellung mit den Inländern auf vielen Gebieten ergänzt. Darüber hinaus ist eine weitgehende Einigung über die Zollformalitäten erreicht worden. Man betrachtet auf deutscher Seite die für die Ausfuhr nach Jugoslawien erzielten Vergünstigungen als durchaus annehmbar.

Um den Reichsschulgesetzentwurf

Kundgebung des Reichsparteivorstandes der Zentrums- partei.

II. Berlin, 12. Sept. Wie die „Germania“ berichtet, fand in Dortmund eine Sitzung des Parteivorstandes der Zentrums- partei und des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums statt, die einer eingehenden Besprechung der gegenwärtigen politischen und innerparteilichen Lage galt.

Einstimmig wurde eine Kundgebung beschlossen, in der zunächst der zurzeit zur Beratung vorliegende Entwurf eines Reichsschulgesetzes, vorbehaltlich notwendiger Verbesserungen im einzelnen, als dem Verlangen der Zentrums- partei nach Erlass eines Reichsschulgesetzes zur notwendigen Sicherung der konfessionellen Schule im Sinne des Art. 146 der Verfassung entsprechend bezeichnet wird. Im Zusammenhang damit geben die Vorstände der Deutschen Zentrums- partei und der Reichstagsfraktion des Zentrums ihrer schärfsten Mißbilligung darüber Ausdruck, daß Angehörige der Zentrums- partei, sogar der Zentrumsfraktionen, ohne die weitere Beratung abzuwarten, in öffentlichen Kundgebungen sich gegen den vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf ausgesprochen hätten, ja sogar soweit gegangen seien, die Simultanschule als die auch für die Erziehung des Kindes vorteilhaftere zu erklären, was mit dem Standpunkt des Zentrums unvereinbar sei. Ferner wird in der Kundgebung erneut und mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß alle, die es ernst mit der Zentrums- partei meinen, dessen eingebend sein müßten, daß Bestand und Erfolge der Zentrums- partei nicht bloß von der Einmütigkeit in grundsätzlichen, sondern auch von der verantwortungsbewußten Einordnung und Mitarbeit aller Parteizugehörigen abhängig seien.

Aus den Parteien

Die deutsche Bauernschaft endgültig konstituiert.

Im Reichstagsgebäude tagte die Vertretung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe des Bayerischen Bauernbundes und des deutschen Bauernbundes. Sie vollzog die endgültige Konstituierung der deutschen Bauernschaft. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt die Herren Febr und die Landwirte Ewers-Sachsen, Hildebrandt-Schlesien, Barth-Pommern, Kühr-Embsland und Reimers-Hannover. Am Schluß der Tagung wurde von Vertretern aus den verschiedensten Gauen Deutschlands die Bedeutung des historischen Ereignisses gewürdigt und unter einmütigem Beifall der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die organisatorische Einigung der deutschen Bauernschaft bewirken würde, daß Deutschlands Agrarpolitik Bauernpolitik wird.

Reichstagsung der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung. In Porta bei Minden wurde die diesjährige Reichstagsung der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung abgehalten. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Parteiführer von Gräfe, daß die völkische Bewegung noch lebendig sei. Der preussische Landtagsabgeordnete Wulle bekannte sich in seiner Rede über den Freiheitskampf rückhaltlos zur Monarchie und zum Kampf gegen die Finanzherrschaft. Der Reichstagsabg. von Henning erklärte, wenn die völkische Freiheitsbewegung zahlenmäßig zurückgegangen sei, so liege das an den marxistischen Reden einiger nationalsozialistischer Redner. Es sei offen auszusprechen, daß Männer, wie Graf Reventlow und Stöhr heute Marxisten seien.

Die Vertretertagung begrüßte nach Annahme mehrerer Entschlüsse mit großem Beifall das Erscheinen eines Vertreters der österreichischen Nationalsozialisten, mit denen sich die Freiheitsbewegung, wie der Vorstand, Abg. v. Gräfe, mitteilte, zu einem Schutz- und Trutzbündnis zusammengefunden habe.

Das Programm für die Flottenparade

II. Stettin, 12. Sept. Wie der Telunion von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, findet die Flottenparade in der Pommerschen Bucht vor Swinemünde statt. Reichspräsident von Hindenburg trifft am 13. September um 13.35 Uhr in Stralsund ein und fährt nach einer Begrüßung durch den Oberbürgermeister auf dem Marktplatz nach Putbus weiter, wo er bei der Fürstin zu Putbus Wohnung nimmt. Am Abend begibt er sich im Sonderzug nach Swinemünde, wo er am 14. September morgens eintrifft. Das Linienschiff „Schleswig-Holstein“ bringt den Reichspräsidenten sodann nach der Pommerschen Bucht, wo die Flottenparade stattfindet. Nach Beendigung derselben wohnt der Reichspräsident während des Nachmittags und der Nacht einer Uebung der Flotte bei und fährt am 15. September morgens nach Swinemünde zurück, von wo aus ihn der Kreuzer „Berlin“ nach Königsberg bringt. Die Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin ist für den 20. September vorgesehen.

Kleine politische Nachrichten

Mainz erwartet Besatzungsverringerung. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Haus, Herd und Garten“ wies Bürgermeister Dr. Kieß in seiner Ansprache darauf hin, daß Mainz, das zahlenmäßig am stärksten besetzt sei, mit Recht erwarten dürfe, bei der amtlich zugesagten Besatzungsverringerung in erster Linie berücksichtigt zu werden, damit wenigstens einigermaßen eine Linderung der Wohnungsnot erreicht werde. Bei der Reichsregierung müsse immer wieder mit allem Nachdruck auf völlige Räumung gedrängt werden.

Die heimattreuen Ost- und Westpreußen an Dr. Stresemann. Der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen hat dem Reichsaussenminister folgendes Telegramm geschickt: „Hundert Delegierte aus dem Reich, darunter zahlreiche Memelländer, erklären einstimmig: Trotz der vielen Versprechungen der litauischen Regierung, die Autonomie des Memelgebietes loyal durchzuführen, hat Litauen gerade in letzter Zeit in verstärkter Maße diktatorische Gewaltmaßnahmen gegen die Memelländer vorgenommen und sich in den schärfsten Gegensatz zu dem Memelstatut gestellt. Wir bitten die deutsche Regierung, nachdrückliche Maßnahmen gegen Litauen zu ergreifen, bis die

wemelländer in den tatsächlichen Genuss ihrer verbreiteten Rechte gelangen."

Kriegsminister Poincaré gegen ein zügelloses Wett-rüsten. Auf einem Bankett zur Feier des Jahrestages der Marne-Schlacht in Meaux hielt Kriegsminister Poincaré eine Rede, in der er ausführte, daß Frankreich in bezug auf seine Sicherheit sich vor jedem blinden Optimismus hüten und sich einen klaren Blick bewahren habe. Wenn Unglückspropheten behaupten, es gebe zur Verhinderung eines Krieges als einzigen Ausweg nur ein zügelloses Wett-rüsten, dann protestiere er hiergegen mit seiner ganzen menschlichen Vernunft.

Aus aller Welt

18 000 M. aus der Schalterhalle einer Reichsbank gestohlen. Einem Boten des Frankfurter Messeamts wurde an der Schalterhalle der Frankfurter Reichsbank eine Altkarte mit 18 000 M. Bargeld, die er neben sich gelegt hatte, entwendet. Der Täter konnte unbemerkt entkommen.

Schweres Explosionsunglück bei Magdeburg.

In Burg bei Magdeburg ereignete sich bei einem Schülerausflug ein schweres Unglück. Auf dem Tozfelde, wo früher eine Munitionszerteilungsfabrik Geschümmunition zerlegte, fand ein Schüler einen Zünder. Ehe der Lehrer dem Knaben den gefährlichen Fund abnehmen konnte, warf dieser den Zünder beiseite. Eine gewaltige Explosion erfolgte. 15 Schulkinder erlitten teilweise sehr schwere Verletzungen. Transportwagen des Magdeburger Krankenhauses waren bald zur Stelle, die die verwundeten Kinder fortbrachten. Mehrere Kinder schweben in Lebensgefahr.

12 Häuser in einem ostpreussischen Dorf niedergebrannt. In dem Dorfe Erdmannen im Kreise Johannesburg (Ostpreußen) entstand aus unbekannter Ursache ein Feuer, das sich in kurzer Zeit auf eine Anzahl von Nachbargebäuden ausdehnte. Es standen nach wenigen Stunden insgesamt 12 Gebäude, darunter 2 Wohnhäuser, in Flammen und wurden vollständig vernichtet. Die gesamten Erntevorräte der betroffenen Besitzer sowie viel totes Inventar sind verbrannt. Der Schaden betrifft die Besitzer um so härter, als Erdmannen eines der ärmsten Dörfer in der Johannesburger Heide ist. Die Gebäude waren teilweise mit Stroh gedeckt, so daß die zahlreichen Feuerwehren eine Ausbreitung des Feuers nicht verhindern konnten.

Niesensbrände in der Tschechoslowakei.

In Katharinaberg im Erzgebirge brach ein Großfeuer aus; dem 6 Häuser sowie das gesamte Lager der Verkaufsgenossenschaft der Katharinaberger Spielwarenindustrie zum Opfer fielen. In der Ortschaft Dorasch bei Neutra brannten 56 Häuser nieder; 85 Familien wurden obdachlos. Mehrere Personen erlitten Brandwunden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Kronen.

Die Schäden im ostgalizischen Ueberschwemmungsgebiet. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen über die Höhe der Schäden im Ueberschwemmungsgebiet in Ostgalizien sind von der Katastrophe 49 Landkreise mit 10 Städten und 444 Gemeinden betroffen worden. Ungefähr 52 000 Familien haben zum Teil ihr gesamtes Hab und Gut verloren.

Niesensfeuer am Goldenen Horn.

Wie aus Konstantinopel berichtet wird, wurden durch ein Großfeuer in einer Vorstadt am Goldenen Horn 400 Häuser eingeeäschert.

Die Weltflieger in Japan.

Die amerikanischen Weltflieger sind von Schanghai kommend in Kogoshima auf der Insel Kioshü gelandet und haben ihren Flug nach Tokio fortgesetzt.

Das amerikanische Handelsministerium und die Frau des Weltfliegers Schlee haben die beiden Flieger telegraphisch dringend ersucht, auf die Ueberschwemmung des Pazifik zu verzichten.

Aus Württemberg

Der Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes.

Eine Versammlung der Ortsgruppe Stuttgart des Rentnerbundes beschloß sich mit dem Entwurf eines Rentner-versorgungsgesetzes, den die deutsch-demokratische Reichstagsfraktion im Reichstag eingebracht hat und dessen Verabschiedung in der kommenden Herbsttagung des Reichstags der Rentnerbund erwartet. Die Stellung des Rentnerbundes zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs behandelte der Landesvorsitzende, Oberregierungsrat Möller. Der Entwurf gewährt jedem Kleinrentner, d. h. jedem, der das 60. Lebensjahr vollendet hat oder erwerbsunfähig ist, und der ein Rentneinkommen von mindestens 500 M. vor der Inflation hatte, einen Versorgungsanspruch, bestehend in Rente und Zusatzrente, Krankenfürsorge und Sterbegeld, unter der weiteren Voraussetzung, daß sein jetziges regelmäßiges Einkommen infolge der Geldentwertung niedriger ist als die aus dem Entwurf sich ergebende Rente. Die nach Ortsklassen abgestufte Grundrente ist allerdings für Stuttgart kaum höher als der geltende Fürsorgezuschlag, ebenso ist der vorgesehene Vermögenszuschlag sogar niedriger als der jetzige Vermögenszuschlag des Stuttgarter Wohlfahrtsamts. Auch sonst enthält der Entwurf manche Härten, die unbedingt in den weiteren Beratungen beseitigt werden müssen. Immerhin ist der Anfang der Erfüllung der Forderung der Kleinrentner, die lautet: „Heraus aus der Fürsorge!“ gemacht. Auch gegen das im Entwurf vorgesehene Verfahren für die Rentenbewilligung bestehen vom Standpunkt des Rentnerbundes nur geringe Bedenken.

In der Aussprache wurde die ganze ungenügende Höhe der vorgesehene Versorgung lebhaft kritisiert und eine der Stetigerung des Unterhaltsaufwands, insbesondere der Mieten, sich anpassende künftige Erhöhung der Tariffätze

gefordert. Besonderen Wert legt der Rentnerbund auf eine günstigere Fassung der Bestimmungen über das sonstige Einkommen der Rentner und auf eine ganz wesentliche Verbesserung des vorgesehene Zuschlags für erhöhten Vermögensverlust im Höchstbetrug von monatlich 30 M. Ein-stimmig wurde eine Entschlieung angenommen, die die Erwartung ausdrückt, daß die Regierung sich beim Reich für die schnellste Verabschiedung des zu verbessernden Entwurfs einsetzt.

Aus Stadt und Land

Calw, den 13. September 1927

Berkehrsunfall.

Letzten Samstag abend gegen 8.30 Uhr ereignete sich in der Stuttgarterstraße, oberhalb des Dettingerischen Anwesens ein Autozusammenstoß, welcher schlimme Folgen hätte zeitigen können. Ein Personenauto der Daimlerwerke in Sindelfin, von Calw her, und ein Personenauto aus dem Bezirk Neuenbürg, von Althengstett kommend, begegneten sich in einer unübersichtlichen Kurve. Da der Führer des von Althengstett kommenden Wagens die Kurve zu weit linksseitig und dazu noch mit hoher Geschwindigkeit durchfuhr, so ramnte er den Sindelfinger Wagen derart, daß dieser auf der Stelle bewegungsunfähig liegen blieb. Auch der aufrennende Wagen wurde bei dem Zusammenstoß beschädigt. Die Insassen haben bei dieser Fahrt noch Glück gehabt, daß sie mit heiler Haut davon gekommen sind.

Schützengesellschaft Calw.

Das Eröffnungschießen im neuen Schützenhaus, zu dem die Mitglieder des Württ. Landesschützenvereins eingeladen waren, wurde am 10. und 11. September unter sehr zahlreicher Beteiligung abgehalten; schon Samstag nachmittags fehlte ein lebhafter Betrieb ein, auch auswärtige Schützen zeigten sich bereits in stattlicher Zahl. Abends 8 Uhr trafen sich Tausende anwesenden Schützen im Schützenhaus zu einem gemüthlichen Beisammensein. Der Schützenmeister Dr. Autenrieth begrüßte die auswärtigen Schützen und gab seiner Freude Ausdruck, daß die Gäste Interesse an unserem Feste zeigten. Schützenmeister Schmidt von Neuenbürg dankte in herzlicher Weise für die Einladung der auswärtigen Schützen und beglückwünschte die Calwer Schützengesellschaft zu ihrem schönen neuen Schützenhaus. Das Mitglied Eugen Dreißer erinnerte an die früheren Nachbarschaftsschießen in Wildbad, Neuenbürg und Weilderstadt, insbesondere aber an die früheren Kirchweihmontags-schießen in Hirsau. Am Sonntag wurde von morgens bis nachmittags 5 Uhr außerordentlich lebhaft geschossen; den beiden Festscheiben auf 175 und 300 m wurde von sämtlichen Gästen ganz besonderes Interesse gewidmet, da deren schöne Ausföhrung allgemein bewundert wurde. Die besten Treffer hierauf erzielten zwei Calwer Schützen. Pünktlich um 6 Uhr konnte der Schützenmeister Dr. Autenrieth mit der Preisverteilung beginnen und konnten auf eine Festscheibe 53 und auf die andere 30 wertvolle Gabenpreise verteilt werden; auf die Meisterscheibe wurden dagegen von der Schützengesellschaft Geldpreise gegeben. Die Gäste waren durch die große Anzahl der Preise sehr angenehm berührt und man sah, daß wohl jeder Schütze mit einem Preis bedacht werden konnte, bei der Preisverteilung nur vergnügte Gesichter. Nach der Preisverteilung dankte Mitglied Karl Veißer in Vertretung des Schützenmeisters, welcher dienstlich abberufen wurde, für das Erscheinen und schloß mit dem Wunsche, die Schützengesellschaft Calw hoffe, daß alle Anwesenden von dem Verlauf und mit dem Ergebnis des Preischießens befriedigt seien und sich gerne an den heutigen Tag erinnerten. Allgemein bewunderten die auswärtigen Schützen die musterhaften Schießanlagen, sowie die herrliche Lage des Schützenhauses selbst; manche Schützen, welche schon öfters in Calw waren, konnten nicht genug zum Ausdruck bringen, welche vorteilhaften Eindruck unser Heimatstädtchen von der Höhe aus macht.

Nachstehend geben wir die Namen der Preisträger bekannt und zwar je die 10 besten auf den einzelnen Scheiben: Festscheibe (300 m), gestiftet von der Stadtgemeinde Calw. 1. Herzog Er., Calw; 2. Maier, Emil, Leonberg; 3. Großmann, Adolf, Wildbad; 4. Eblen, Rob., Stuttgart; 5. Wusterhausen, Albert, Stuttgart; 6. Kübler, Paul, Böblingen; 7. Schmidt, Emil, Neuenbürg; 8. Knoll, August, Böblingen; 9. Melchior, Hermann, Dietzheim; 10. Maier, Emil, Hirsau.

Festscheibe (175 m). Herzog, Erich, Calw; 2. Hildenbrand, H., Böblingen; 3. Grabert, Ludwig, Hirsau; 4. Hippelein Jr., Ernst, Calw; 5. Krauß, Frh., Wildbad; 6. Wusterhausen, Albert, Stuttgart; 7. Ziegler, Gottl., Calw; 8. Gutekunst, L., Leonberg; 9. Hertler, Wilh., Liebzell; 10. Schmidt, Carl, Calw.

Meisterscheibe (300 m). 1. Eblen, Robert, Stuttgart (53 Ringe); 2. Vohr, Albert, Stuttgart (46 R.); 3. Kofler, Johs., Calw (44 R.); 4. Serva, Karl, Calw (43 R.); 5. Wusterhausen, Albert, Stuttgart (42 R.); 6. Maier, Emil, Leonberg (39 R.); 7. Beck, Karl, Hirsau (36 R.); 8. Braun, Georg, Stuttgart (36 R.); 9. Knecht, Wilh., Calw (36 R.); 10. Weiser, Karl, Calw (33 R.).

Meisterscheibe (175 m). 1. Wusterhausen, Albert, Stuttgart (54 Ringe); 2. Kofler, Johs., Calw (53 R.); 3. Eblen, Rob., Stuttgart (53 R.); 4. Häberle, A., Böblingen (52 R.); 5. Dehner jr., Ernst, Neuenbürg (51 R.); 6. Hildenbrand, H., Böblingen (51 R.); 7. Weiser, Karl, Calw (50 R.); 8. Schmidt, Emil, Neuenbürg (50 R.); 9. Herzog, Erich, Calw (49 R.); 10. Schmidt, Carl, Calw (49 R.).

Gläckscheibe (175 m). 1. Feller, Willy, Stuttgart; 2. Haas, Karl, Böblingen; 3. Effla, Heinz, Calw; 4. Frey, Karl, Calw; 5. Eblen, Rob., Stuttgart; 6. Hauber, Reinhold, Calw; 7. Kofler, Johs., Calw; 8. Melchior, Hermann, Die-

tzigheim; 9. Schumacher, Karl, Neuenbürg; 10. Hildenbrand, H., Böblingen.

Schützenfalter wurden von ca. 50 Schützen errungen. Seitens der hiesigen Einwohnerschaft war der Besuch im Schützenhaus am Sonntag ein sehr starker, ein Beweis dafür, daß dem Schützenverein ein großes Interesse entgegengebracht wird.

Besuch des Gemeinderats Hirsau in Neutlingen.

Wer durch das romantische Schweinbachtal wandert, der findet daselbst auch den Heppenstein, einen mächtigen Felsblock mit einer Inschrift zum Andenken an den seinerzeit hier amtennden, am 21. Mai 1889 verstorbenen Oberförster Hepp. Er hat sich große Verdienste um Hirsau erworben und kann als der eigentliche „Begründer“ Hirsaus als Luftkurort angesehen werden. Er hat auch die prächtigen Wellingtonien an der Pflanzschule gepflanzt und die alten Anlagen angelegt. Sein Sohn ist der Oberbürgermeister Hepp in Neutlingen. Ihm galt am letzten Samstag der Besuch des Gemeinderats Hirsau mit Damen. Frau Schultzeiß Maulbettsch überreichte einen prächtigen Schwarzwaldstrauß aus den von seinem Vater gepflegten Waldungen, worauf Oberbürgermeister Hepp seine herzlichste Freude darüber ausdrückte in Neutlingen Hirsauer begrüßen zu dürfen. Schultzeiß Maulbettsch sprach dem Sohne den Dank aus für das, was der Vater seinerzeit für Hirsau getan hatte.

Kirchenkonzert in Hirsau.

Am Sonntagabend fand in der Kirche zu Hirsau ein sehr gut besuchtes Kirchenkonzert statt. In Fräulein Mayer-Stuttgart lernten wir eine hervorragende Violinpielerin kennen, die ihrem Instrument herrliche Töne zu entlocken wußte und mit großer Reinheit und Präzision auch schwieriger Partien spielte. Fräulein Gmelin von Hirsau erfreute mit Liedern von Bach, Franck und Reger, die gesamte Orchesterbegleitung lag in den bewährten Händen von Herrn Frh. Abel. Der Singchor unter Leitung von Oberlehrer Bader, verschönte den Abend durch den Vortrag dreier stimmungsvoller Chöre von Bach, Abel und Mozart.

Die Obstausfichten im Bezirk.

Auf einer Besichtigungsfahrt des Obstbauvereins zum Zweck einer Prämierung von Obstgütern konnte auch der Stand der voraussichtlichen Obsternte in verschiedenen Gemeinden festgestellt werden. Zum voraus ist zu sagen, daß die Ernte nicht so schlecht ausfallen wird, wie im Mai nach den kalten Nächten vermutet wurde. Es hat sich gezeigt, daß mehr Obst herauskommt, als seinerzeit auf den Bäumen gesehen wurde. Der Ertrag fällt deshalb, wenn nicht gut, so doch mittelmäßig bis befriedigend aus. Da der Frost nur scheinweise großen Schaden angerichtet hat, ist auch der Ertrag in den einzelnen Orten sehr verschieden. In einigen Orten gibt es sehr schönes Obst in reichlicher Menge, in anderen wieder weniger. Es wird ein richtiger Glückerherbst werden. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß das Obst auf manchen Markungen durch den Hagelschaden und durch die unange Witterung stark notgelitten hat. Manches Obst ist fleckig, schorrig, unentwickelt und an Größe sehr verschieden. Es kommt in diesem Jahr sehr auf die Gemeinde und den Standort an. Die Obstbäume haben durch Raupenfraß und durch krankhaften Schaden genommen, woher es auch kommt, daß manche Bäume ein ungesundes Aussehen haben und dementsprechend auch die Früchte geworden sind. Prächtiges Obst weist die Gemeinde Ostelsheim auf. Die Bäume sind gesund, gut belaubt und hängen voll von köstlichen, schön gewachsenen und tadellosen Früchten. Durch Fruchtbarkeit zeichnen sich in diesem Jahr fast im ganzen Bezirk folgende Sorten aus: Jakob Hebel, Goldparmane, Rheinischer Bohnapfel, Vöfenaapfel, Danziger Kantapfel, Hagendorn, Zieglerapfel, Goldrenette von Peasgood, Landsberger Renette, Schöner von Voskoop, spätblühender Tafelapfel und Transparentapfel; von Mostbirnen können genannt werden: Luxemburger Mostbirne, Schweizer Wasserbirne, Palmischbirne und Pralbirne. Je nach dem Standort sind die Sorten mehr oder weniger ertragreich, wie dies auch bei anderen Sorten der Fall ist. Sehr gut schneiden wieder einige Sämlinge und manche Lokalorten ab. Auffallenderweise trifft man in diesem Jahr auch Tafelbirnen auf freiem Felde in ganz guter Ausbildung und Reife. Dem Obst fehlt im allgemeinen noch der Zuckerstoff und es dürfte sich deshalb eine späte Ernte von selbst empfehlen. Mittlere Ernten sind in Neubulach, Holzbronn, Deckenpfronn, Stimmolzheim zu erwarten. Dies ist auch der Fall in den meisten Waldorten, in denen der Obstbau überhaupt von Belang ist. Die im Gän gelegenen Orte, wie Ostelsheim und Dachtel (auch Neufingen) dürfen auf eine schöne Obsternte blicken. Der Bezirk wird im allgemeinen soviel Obst ernten als er selbst braucht. Einige Gemeinden werden noch nach außen verkaufen können, andere werden ihren eigenen Bedarf decken, und nur wenige vielleicht noch kaufen müssen. Doch ist, wie schon oben gesagt, der Ertrag besser als in Aussicht genommen wurde. Ein Erlös aus Obst ist den Land-leuten sehr zu gönnen, da sie damit bares Geld erhalten und damit ihre Verbindlichkeiten begleichen können. Zweifels-gen gibt es in Neubulach ziemlich viel, weniger dagegen in Holzbronn, das in sonstigen Jahren viele Zweifelsgen verkaufen kann. Abgesehen kann in diesem Jahr das Obst gut werden; die Fässer sind leer und die Nachfrage nach Obst ist jetzt schon groß. In Calw findet jeden Mittwoch und Samstag ein Obstmarkt statt, wo Gelegenheit geboten ist, das Mostobst zu laufenden Preisen zu verkaufen. Verkäufer und Käufer sollten sich diese Einrichtung zunutze machen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Der Tiefdruck im Nordosten schwächt sich ab. Im Westen liegt Hochdruck, der bis nach Süddeutschland vorgebrungen ist. Für Mittwoch und Donnerstag ist zeitweise aufheitern-des, vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden.	168,65
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	81,16

Ein 25-Millionen-Dollar-Darlehen der Deutschen Bank. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ meldet, hat die Deutsche Bank mit der Firma Dillon Read u. Co., New York, ein fünfjähriges Darlehen von 25 Millionen Dollar abgeschlossen, wogegen in New York 6prozente, am 1. September 1932 fällige Treuhändernoten emittiert werden. Der Betrag soll dazu dienen, anstelle kurzfristiger Bankkredite mittleren Industrieunternehmen Betriebsmittel auf längere Zeit zur Verfügung zu stellen.

Börsenbericht.

Die Börse lag gestern schwach bei weichen Kursen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 12. September. Weizen, märk. 259-263, Roggen, märk. 248-251, Sommergerste 220-265, Wintergerste 210-217, Hafer, märk. 189 bis 206, Mais prompt Berlin 196-197, Weizenmehl 34 bis 37,50, Roggenmehl 32,90-34,90, Weizenkleie 15,25-15,50, Roggenkleie 15,25, Raps 295-305, Vitoriaerbsen 45-52, kleine Speiserbsen 26-29, Futtererbsen 21-22, Pelusäcken 21-22, Ackerbohnen 22-23, Widen 22-23, Lupinen, blaue 15-16, Rapskuchen 15,80-16,20, Leinkuchen 22,60-23,10, Trockenschmelz 14, Sojaskrot 20-20,50, Kartoffelflocken 2,70-3,20 M.; allgemeine Tendenz: uneinheitlich.

Landesproduktenbörse.

SEB. Stuttgart, 12. Sept. Der Getreidemarkt verkehrt in ruhiger Haltung bei schleppendem Geschäftsgang. Die Zufuhren in Inlandsware sind immer noch schwach, beson-

ders in guten trockenen Qualitäten, dagegen sind die ausländischen Angebote reichlich und auch etwas billiger. Es notierten je 100 Kilo: Auslandsweizen 30-32,50 (am 8. 9. 3050-32,50), würt. Weizen (neue Ernte) 25-28 (unv.), Sommergerste (neue Ernte) 25-27 (unv.), Roggen (neue Ernte) 6-7 (unv.), Wiesenheu (neue Ernte) 5,50-6 (unv.), Kleeheu (neue Ernte) 6-7 (unv.), drahtgepresstes Stroh 3,80 bis 4,25 (unv.), Weizenmehl 41,25-41,75 (41,50-42), Brotmehl 33,25-33,75 (33,50-34), Kleie 13-13,25 (unv.) M.

Salwer Wochenmarkt.

Kartoffeln 6, Rotkraut 12-15, Weißkraut 10-12, Wirsing 12-15, gelbe Rüben 12, Karotten 10, rote Rüben 15, Bohnen 15-20, Gurken 10-35, Blumenkohl 20-100, Kopfsalat 10, Endivien 10-20, Tomaten 30, Rettig 5-10, Äpfel 15-20, Birnen 15, Zwetschen 15, Tafelbutter 220-230, Landbutter 190-200, frische Eier 15-16, ausländische Eier 14-16 S.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Änderung der Satzung der Oberamtspar-kasse Calw.

Die §§ 24 und 40 der Satzung der Oberamtspar-kasse sind durch Beschluß des Bezirksrats vom 3. Juni 1927 und der Amtsversammlung vom 16. Juli ds. Js. mit sofortiger Wirkung geändert worden. Die Änderung gilt nach dem Erlass des Innenministeriums vom 20. April 1927, Nr. IV 658 W als zum Voraus genehmigt.

Die neuen Satzungsbestimmungen können bei der Oberamtspar-kasse eingesehen werden.

Calw, den 12. September 1927.

Oberamt: Rippmann.

Lampenschirm-Gestelle:

30 Zentimeter Durchm.	1,10 Mk.
50 "	2,00 Mk.
60 "	2,60 Mk.
70 "	3,40 Mk.

Ia. Japanseide 90 cm breit 4,80 Mk. in vielen Farben, Ia. Seidenbatist 1,80 Mk. sowie sämtliche Befestigungsteile in größter Auswahl. Ferner fertige Lampenschirme und Leuchtungskörper, Neuüberziehen von Lampenschirmen.

Musteransstellung: Lederstraße Nr. 98. Auf Wunsch wird die Installation der Lampen ausgeführt.

Verkauf bei: Martha Fuchs, Hermannstr. Nr. 853.

In nächster Zeit beginnt im Saale der Brauerei Dreiß ein

Tanzkurs

Hierzu nimmt Anmeldungen entgegen

der Tanzlehrer S. Proß

Lederstraße 175.

Halte wieder regelmäßig Mittwochs von 10-6 Uhr

Sprechstunde

Behandlung von Frauenleiden nach bewährten Methoden; Gallensteinabreibungen unter Garantie; Hellelekttrizität etc.

Frau A. C. Hipp, Heilkundige

Telefon 4750 Pforzheim, Jähringer Allee 35.

Sahrisversteigerung.

Am nächsten Freitag, den 16. Sept., von nachmittags 2 Uhr ab verkaufe ich im Auftrag im Hause von Frau Baurat Breitschneider in der Ahlandstraße folgendes:

1 Sopha mit 6 Sesseln, 2 vollständige Betten, 1 Weißzeugkasten, 1 Kleiderkasten, Sekretär, 1 runden, polierten Tisch, 1 Kommode, 1 Auf-satzkommode, 2 Stühle, Liegestuhl, verschiedene Stühle, etwas Bettzeug und anderes mehr wozu Liebhaber einladet

Entenmann, Stadtinventierer.

Liebelsberg.

Die Erben des verst. Schreiner Rau bringen am kommenden Samstag, den 17. ds. Mts., nachm. 2 Uhr gegen Barzahlung dessen

Schreiner-Handwerkszeug und -Einrichtung

zur Versteigerung, hierunter auch ein Leinosen. Liebhaber sind eingeladen.

S. A. Schultheiß Braun.

Calw, 12. September 1927.

Todesanzeige.

Mein lieber Mann, unser treubestorgter Vater und Großvater

Fraugott Schiler

ist heute nach kurzer, schwerer Krankheit im 72. Lebens-jahr sanft entschlafen.

Luise Schiler, geb. Rothfuß
Alfred Schiler, Studienrat
Fanny Schiler, geb. Gumbert
Erwin Schiler, Dipl.-Landwirt
und 4 Enkelkinder.

Beerdigung Mittwoch nachmittags 3 Uhr.
Für Beileidsbesuche wird herzlich gedankt.

Deckenproun.

Im Wege der

Zwangs-vollstreckung

versteigere ich am Donners-tag, den 15. ds. Mts., vorm. 9 Uhr, gegen bare Bezahlung:

eine Fröh- und Aus-pugmaschine f. Schüh-macher.

Zusammenkunft b. Rathaus Gerichts-vollzieher Ohnge nach.

Neue und gebrauchte

Fässer

Krautständer, Saß-trichter, Wasch-züher, Kübel, Pflanzenkübel,

empfehlen wir

J. Schneider

Küfer und Klüberei.

Dr. Pfeilsticker

zurück

Kunst Euro

Korbwaren u. Korbmöbel

direkt beim Her-steller, wofür auch Reparaturen schnell und billig ausgeführt werden.

Paul Binder

Korbwaren- und Korbmöbelfabrikation (Franks Nachfolger) Salzgasse.

Ständiges Sport- und Kinderwagen zu staunend billigen Preisen.

Lager in

Spezialität:

Ulmer Pflüge

Carl Herzog, Eisenhandlung, Calw

Die Mitglieder d. Bezirks-Handels- und Gewerbevereins Calw besuchen am Montag, den 26. September die Werkbundaustellung Stuttgart

Fahrt für Mitglieder frei. Frauen sind willkommen. Anmeldung erbitet bis 22. Septbr. Vorstand H. Sch.

M. Schmelzle, Schneidermeister

Marktplatz 4 / Eingang Schulgasse

Anfertigung sämtlicher Herrenkleidung nach Maß

in gediegener Ausführung

Eingang von Neuheiten für Herbst und Winter

Neue und gebrauchte

Fässer u. Ständen

von 60-1200 Liter, in großer Auswahl empfiehlt

Fr. Schad, Küferei.

Sprengstoffe

Sprengkapseln zum Stockholz-machen

Zündschnüre

Gerhard Paulus, Liebenzell, Fernsprecher 16.

Gaas-Düffel

roten Tiroler und Hohenheim, weißen Kolbendüffel

empfehlen

Otto Jung.

Schöne Essiggurken

zum Einmachen sind zu haben bei

Kaufmann Binçon

Lederstraße

Verkaufe sofort 2 schöne 7 Monate alte

Strümpfe

aller Art zum Anstricken sowie alle Strickarbeiten zur pünktlichen Ausführung werden angenommen bei

Geschwister Stanger

Obere Marktstraße 23

Ziegenböcke

mit Abstammungsnachweis.

Jakob Bechtold

Holzbrunn.

Kleine, stille Familie sucht auf 1. Oktober

2-Zimmer-wohnung

mit Zubehör

Näheres Nonnengasse 145

Eine

Milchsträgerin

wird gesucht.

Von wem sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu verkaufen ein

Handwagen

zweirädrig m. Leitern, Tragkraft 7 Ztr.

Obere Marktstr. 31 part.

Denkt an Ludwig Kahn

sobald gute Herren- u. Knabenbekleidung preiswert angeschafft werden soll

Westliche 2

Marktplatz Pforzheim